

Tunesiens Regierung mit Startschwierigkeiten

Trotz einigen Fortschritten mehrt sich in Tunesien die Kritik an der von der islamistischen Partei Ennahda geführten Regierung.

Beat Stauffer, Tunis

Überaus friedlich und entspannt war die Atmosphäre im Stadtzentrum von Tunis, als am vergangenen Dienstag mehrere zehntausend Personen zusammenkamen, um den 1. Mai zu feiern. Tunesien vermittelte das Bild eines Landes, das auf gutem Weg ist, einen gewaltlosen Übergang in eine neue Ära zu finden. Dieses positive Bild zeigt allerdings nicht die ganze Wahrheit. Zwar ist es in den vergangenen Monaten gelungen, Wahlen durchzuführen, eine Übergangsregierung einzusetzen, die Sicherheitslage stark zu verbessern und wichtige Kommissionen zu ernennen, die sich an die Arbeit gemacht haben. Und vor allem: Das Land funktioniert.

Dennoch ist die Stimmung zurzeit alles andere als gut. Dies hat mit der immer noch schwierigen Wirtschaftslage und der hohen Arbeitslosigkeit zu tun; vielen geht es heute schlechter als vor der Revolution. Zahlreiche Tunesier sind aber auch unzufrieden mit ihrer neuen Regierung, die von der gemässigt islamistischen Partei Ennahda angeführt wird. Diese Partei hat bei den Wahlen in den Verfassungsrat mehr als 42 Prozent der Wählerstimmen erhalten, stellt aber eine Mehrheit der Minister, unter ihnen den Premier- und den Innenminister. Das Amt des Staatspräsidenten, das vom Linkspopulisten Moncef Marzouki besetzt wird, ist hingegen mit wenig echten Kompetenzen verbunden.

Die Regierung wird seit Monaten hart kritisiert. Viele Beobachter halten ihre Leistungen für ungenügend, auch wenn sie ihr zugutehalten, dass es sehr schwierig ist, nach Jahrzehnten der Unterdrückung mit einem Mal Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Ein zentraler Kritikpunkt betrifft den Umgang mit den salafistischen Gruppierungen, welche die tunesische Gesellschaft terrorisieren und dieser ihre Vision einer echten islamischen Gesellschaft aufzwingen wollen. Innenminister Ali Larayedh liess die Gewalttätigen wochenlang gewähren, etwa bei Störungen des Universitätsbetriebs, bei gewaltsamen Angriffen auf Künstlerinnen und Intellektuelle oder, wie kürzlich, bei einem Sit-in vor dem nationalen Fernsehen, das erst nach 50 Tagen eingestellt wurde. Dabei

verschanzte sich der Innenminister stets hinter der Meinungsäusserungsfreiheit, die es dem tunesischen Staat verbiete, einzugreifen. Gleichzeitig wurden friedliche Demonstrationen wiederholt mit grosser Härte aufgelöst, zuletzt am 9. April, als zumeist jugendliche Demonstranten auf der Avenue Habib Bourguiba in Tunis zusammengeknüppelt wurden. Viele Oppositionelle, die während langer Jahre gegen das Regime von Ben Ali gekämpft hatten, erlebten diesen Tag als Albtraum.

Zu ihnen gehört der Autor Omar Mestiri. «Diese Polizeieinsätze haben das Image und die moralische Autorität der neuen Regierung schwer beschädigt und den Glauben der jüngeren Tunesier an eine wirkliche Veränderung unterminiert», sagt Mestiri. Für das Verhalten der Regierung sieht er zwei mögliche Erklärungen: Entweder habe die Regierung die Kontrolle über die Sicherheitskräfte verloren, oder diese hätten solche gewalttätigen Zusammenstösse bewusst inszeniert, um die neue Regierung zu diskreditieren. Zahlreiche Beobachter geben einer anderen Hypothese den Vorzug: Die Angriffe auf friedliche Demonstranten sollen nicht von Polizeikräften, sondern von Milizen begangen worden sein, die Ennahda nahestehen. Viele Tunesier erachten die Sicherheitskräfte sowie Kader der aufgelösten Einheitspartei inner- und ausserhalb der Verwaltung als eines der grössten Hindernisse auf dem Weg einer echten Demokratisierung. Ein grosses Problem stellt auch die Justiz dar, ohne deren Reform eine Erneuerung der Gesellschaft nicht gelingen kann. Es bestehen Zweifel daran, ob die gegenwärtige Regierung diese Reformen ernsthaft anpacken will. Gleichzeitig zirkulieren Gerüchte über geheime Absprachen zwischen Ennahda und Vertretern des alten Regimes. So sollen etwa schwerreiche Unternehmer, die unter Ben Ali begünstigt wurden, grosse Geldsummen bezahlt haben, um sich eine gerichtliche Verfolgung zu ersparen.

Ennahda sieht die Lage völlig anders. Sie wirft Kräften des alten Regimes dauernde Störmanöver, ja ein Komplott vor, mit dem Ziel, ihre Regierungstätigkeit zu sabotieren. Ein ähnlicher Vorwurf geht in Richtung der Gewerkschaften, deren Aufrufe zu Streiks das Land lähmten und die Wirtschaft schwächten. Auch Kritiker von Ennahda räumen ein, dass das Verhalten der Opposition häufig von rein parteipolitischen Motiven geprägt sei und den Interessen des Landes keinesfalls diene. Nicht ohne Grund rief Premierminister Hamadi Jebali seine Landsleute

vergangene Woche dazu auf, seine Regierung nun endlich arbeiten zu lassen, damit Tunesien vorankomme.